

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Petitseite 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 30 • 37. Jahrgang

Berlin, den 25. Juli 1931

### Nerven behalten - die Organisation schützen!

Der Leidensweg des deutschen Volkes scheint immer wieder durch neue Engpässe hindurchzuführen. Die Schließung der Börse, der Sturm auf die Banken und Sparkassen, die Einführung von Bankfeiertagen durch eine Notverordnung der Reichsregierung, die Schließung sämtlicher Bankgeschäfte, Sparkassen, Postsparkassen für einige Tage, die Nichtnotierung der deutschen Mark im Auslande und vieles andere — das waren die Zustände, denen das deutsche Volk Mitte Juli gegenüberstand. Was waren die Ursachen dieser im Augenblick unabsehbaren Geschehnisse? Es kriselte schon länger im Gedächtnis der deutschen Banken. In der Geschichte des deutschen Bankwesens ist es dennoch zum erstenmal vorgekommen, daß eine Großbank vom Range der Darmstädter und Nationalbank ihre Schalter schließen muß. Zahlreiche kleine Bankgeschäfte sind im Laufe der letzten fünfzehn Jahre zusammengebrochen. Namentlich die auf dem Nullenslang der Inflation emporgestiegenen Geldgeschäfte sind im harten Sturm der Deflation niedergelegt worden. Aber daß eine Großbank, die im deutschen Wirtschaftsleben derart verwurzelt war, plötzlich zusammenknickte, ist bei dem soliden Aufbau der deutschen Großbanken noch nicht dagewesen.

Der deutsche Kapitalismus scheint in eine neue und vielleicht schwerste Reinigungsstrie hineinzukommen. Es ist notwendig, über den

**Zusammenbruch der Danabank**  
noch einiges zu sagen. Diese Großbank, die aus dem Zusammenschluß der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) und der Nationalbank für Deutschland im Jahre 1922 entstanden war, war eines der aktivsten Geldinstitute der deutschen Wirtschaft. Ihr leitender Kopf war Jakob Goldschmidt, der sich rasch eine führende Stellung im deutschen Bankwesen erworben hatte. Er begann seinen Lauf als kleiner Bankangestellter in Hannover, betätigte sich am Berliner Aktienmarkt, zog dort die Aufmerksamkeit erster Finanzleute auf sich und baute dann mit einem Sojus Julius Schwaartz die Berliner Bankfirma Schwarz, Goldschmidt & Co. auf. Die hier zutage getretenen Erfolge waren die Veranlassung, daß er in den Vorstand der Nationalbank für Deutschland berufen wurde, wo er mit dem späteren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gemeinsam wirkte. Es erfolgte dann der Zusammenschluß der alten ehrwürdigen Darmstädter Bank mit der Nationalbank. Dieses neue Institut entwickelte außergewöhnliche Aktivität. Goldschmidt begann nach der Stabilisierung der Währung aktiv in die deutsche Wirtschaft einzugreifen.

Er war die treibende Kraft bei der Konzentration der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, der mitteldeutschen Eisenindustrie, im Ruhrkohlen- und Braunkohlenbergbau, der Papierindustrie, der Großschiffahrt, der Textilindustrie und vielen anderen Industriezweigen. Goldschmidt war ein glühender Verehrer der individualistischen Privatwirtschaft. In seinen Jahresberichten entpuppte er sich als der Typ eines wagnertüchtigen Unternehmers. Er war den Eingriffen des Staates in die geheimen Verästelungen der kapitalistischen Großwirtschaft abhold. Nun muß ausgerechnet er es erleben, daß die Reichsregierung helfend und schützend den Zusammenbruch der Danabank verhindern muß, um aus diesem schwebenden Feuer nicht einen alles überhebenden Brand entzünden zu lassen. Der Verfall beim Nordwolle-Konzern hat ihm den Rest gegeben.

#### Was daraus folgte.

Die Schwierigkeiten, in die die Danabank geraten ist, haben nun sofort Weiterungen nach sich gezogen. Zunächst erfolgte, wie oben bereits bemerkt, ein Sturm auf die übrigen Banken und Sparkassen, und im weiteren Verlauf ergoß sich eine Wellenflut über das ganze Land. Es wirkte beruhigend, daß die Reichsregierung sofort die Depositionen und Einlagen der Danabank sicherstellte. Aber wenn einmal eine Panik ausgebrochen ist, so ebbt sie nicht sofort wieder ab. Deshalb ging man dazu über, Bankfeiertage einzulegen, um sie vor dem Run zu wahren. Daß dies nur für einige Tage geschehen konnte, liegt auf der Hand. Denn schließlich kann man in einem so hochentwickelten Industrielande nicht die Zirkulation des Blutlaufes der Volkswirtschaft verhindern, ohne den Zusammenbruch auf allen Gebieten heraufzubekördern. Man erlebte in diesen Tagen die wunderlichsten Dinge. Es war eine gute Gelegenheit, festzustellen, wie gering die einfachsten Kenntnisse des Wirtschaftslbens im Volke verbreitet sind. Die meisten glaubten, daß eine Inflation vor der Tür stehe. In Wirklichkeit war es das gerade Gegenteil davon. Es ist nicht zuviel Geld da, sondern zuwenig. Der Notenumlauf in Deutschland beträgt 4 bis 5 Milliarden Mark. Wenn sämtliche Sparkassengelder in Höhe von 11 Milliarden Mark mit einemmal zur Auszahlung gebracht werden sollten und die Einlagen bei den Banken hinzu, so reicht der gegenwärtige Geldumlauf noch nicht einmal zu einem Viertel dieser Summe. Es besteht nicht die Gefahr, daß das Geld im Werte sinkt. Solange die Reichsbank den Notenumlauf nicht vermehrt, wird die Mark ihren Wert, ob mit oder ohne vollständige Deckung durch Gold oder Devisen, behalten. Purer Unsinn wäre es, Geld zu hamstern.

**Das Wichtigste: schützt eure Gewerkschaften!**  
Notwendig ist es vor allem, kaltes Blut zu bewahren. Die Gewerkschaften stehen mit ihren Organisationen in diesem Wirbelsturm mittendrin. Nicht wenige Leute sind vorhanden, die es sehr begrüßen würden, wenn die Organisationen eine starke Schwächung erfahren, und die andere Schäden dafür gern auf sich nehmen würden. Deshalb sollte jedes Gewerkschaftsmitglied sich schützend vor seine Organisation stellen, um ihr gerade in einer solchen Zeit die Treue zu bewahren. Wenn jemals, so gilt jetzt, da der Kapitalismus in seinen Grundfesten wankt, das Wort: Treue um Treue!

### Ausland

#### Internationales Buchdruckersekretariat Sitzung der Sekretariatskommission vom 10. Juli 1931

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, daß der neue Gesamtarbeitsvertrag in Belgien in der Endabstimmung innerhalb des Typographenbundes mit 49 Stimmen gegen 22 Enthaltungen (Brüssel und Lüttich) ohne Gegenstimmen angenommen worden ist. Beide Organisationen (Buchdrucker und Buchbinde- und Lithographen) haben mit 104 Stimmen gegen 98 Enthaltungen und keine Gegenstimmen dem neuen Vertrage zugestimmt.

In Österreich ist in der Abstimmung der neue Manteltarif innerhalb des Buchdruckerverbandes mit 6384 gegen 709 Stimmen und innerhalb des Kartells mit 947 gegen 1007 Stimmen gutgeheißen worden. Dieses einmütige Resultat ist erfreulich.

Die Kommission befaßte sich hierauf sehr eingehend mit der Ausperrung in Norwegen, die nun schon 13 Wochen dauert und noch kein Ende absehen läßt. Insgesamt sind immer noch über 80 000 Arbeiter auf der Straße, die sich in einer Front durch ihren Gewerkschaftsbund gegen die Wand des allgemeinen Arbeitsgebersvereins stemmen, der mit ungläublicher Brutalität jede Vermittlung ablehnt und die Arbeiterschaft auf die Knie zwingen will mit einem Lohnabbau von 15 bis 15 Proz.! Für unsere Kollegen geht die For-

derung auf einen Abbau von 15 Proz., während wie gesagt andere Arbeiterkategorien vollständig ausgespart werden sollen. Die Buchdrucker-Internationale hat sich von Anbeginn an gegen diesen Lohnabbau aufgelehnt; die angeschlossenen Verbände unterstützen die ausgesparten norwegischen Kollegen seit neun Wochen schon mit großen Summen, trotzdem die weitaus meisten Verbände selber schwer zu leiden haben. Die Sekretariatskommission prüft die Lage wiederholt und kommt zum Schluß, daß die norwegischen Kollegen auch weiterhin gegen die Brutalität des Unternehmers geschützt werden müssen. Gleichzeitig werden aber auch Vorkehrungen getroffen, um die angeschlossenen Verbände zu entlasten und die Zuwendungen an die norwegischen Kollegen durch einen anderen Kanal zu leiten. Die Kommission wünscht der norwegischen Arbeiterschaft vollen Erfolg in ihrem Abwehrkampf.

Für eine Einladung des Verbandes der Buchdrucker in der tschechoslowakischen Republik zu ihrem Verbandstag wird gedankt und der internationale Sekretär abgeordnet.

Vom 12. bis 14. August soll in Berlin eine neuerliche Besprechung mit den Vertretern der englischen Organisationen stattfinden. Dabei soll auch eine Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission und eine Konferenz der Exekutiven der drei graphischen Internationalen abgehalten werden. Die Erweiterte Sekretariatskommission wird ein Reglement für die internationalen Unterstützungen und einige andere sehr wichtige Punkte zu beraten haben.

Die nächste Sitzung der Berner Kommission findet am 5. August statt.

### Ein tolles Stück

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Berlin, so lesen wir in der „Hofarbeiterzeitung“, errichtet ein neues Verwaltungsgebäude. Auf die Ausschreibung für die Lieferung des Stahlgewerks bekam sie verschiedene Angebote im Preise von durchschnittlich 1 Million Mark. Wesentlich billiger war das Angebot einer ausländischen Firma. Sie erklärte sich bereit, nur Material aus deutschen Werken zu benutzen, das in Deutschland lagert, und für die Ausführung der Arbeiten deutsche Arbeiter zu Tariflöhnen zu verwenden. Dabei forderte sie nur 700 000 Mark.

Diese billige Offerte durfte aber die Krankenkasse nicht annehmen. Das Oberversicherungsamt teilte ihr auf Anfrage mit, daß nach den geltenden Bestimmungen der Auftrag an eine deutsche Firma vergeben werden müsse.

Dieser Vorgang ist in verschiedener Richtung interessant. Da hält man sich immer wieder über die kostbaren Bauten der Krankenkassen auf. Hier aber wird eine Krankenkasse gezwungen, 300 000 M. unnötig auszugeben. Nicht etwa zur Förderung der deutschen Industrie und der deutschen Arbeit. Die ausländische Firma wollte ja die Arbeit aus deutschem Eisen und durch deutsche Arbeiter ausführen lassen. Die 300 000 M. werden ausschließlich dem profitgierigen Kapital geopfert.

Wichtiger ist die andere Seite der Sache. Die ausländische Firma hat natürlich bei dem Preis von 700 000 M. einen angemessenen Profit einkalkuliert. Die deutschen Unternehmer müssen aber 300 000 M. mehr haben, weil sie das Eisen um so viel teurer bezahlen müssen. Dafür sorgt die kartellierte Schwerkriegsindustrie. Sie verkauft ihre Erzeugnisse an das Ausland zu so niedrigen Preisen, daß ausländische Firmen in Deutschland deutsches Material um 30 Proz. billiger liefern und damit deutschen Firmen im Inland wirksame Konkurrenz bieten können. Die Kartellwirtschaft zeitigt sonderbare Blüten, aber das Ganze nennt sich dann „Schutz der nationalen Arbeit“.

# 13. Bundesausschuss-Sitzung des ADGB.

Der Bundesausschuss für Erleichterung der Notverordnung zugunsten der Erwerbslosen; für Verkündung mit dem Ausland; gegen das unverantwortliche Treiben der Rechtsradikalen

Am 16. Juli 1931 trat der Ausschuss des ADGB zu seiner 13. Sitzung zusammen, um sich mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage zu befassen. Nach einem eingehenden Referat von Leipart und einer ausgiebigen Debatte wurde der Bundesvorstand beauftragt, mit aller Entschiedenheit seinen Einfluß auf die Reichsregierung auch weiter dahin geltend zu machen, daß sie ihre Zusicherungen bestimmter Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni einhält, daß sie bei den Anleiherverhandlungen etwaige Preisgerücklichkeiten den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes unterordnet und den Bestrebungen der rechtsradikalen Parteien mit weit größerem Nachdruck entgegentritt als bisher.

In seinem Referat ging Leipart einseitig auf die politischen Ereignisse seit der letzten Bundesausschuss-Sitzung am 20. Juni ein. Er schilderte insbesondere die bedeutsame Rolle, die gewisse politische Forderungen des Auslandes bei den bisher ergebnislosen Anleiherverhandlungen gespielt haben, Forderungen, deren Erfüllung bekanntlich zuerst von englischer Seite der deutschen Regierung nahegelegt wurde. Offiziell seien diese Forderungen allerdings bisher der Reichsregierung nicht übermittelt worden. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften heute vor allem zwei Forderungen an die Reichsregierung zu richten haben. Erstens, alles zu tun, um eine Verhandlungsgrundlage für eine W e r t a n d i g u n g mit Frankreich zu schaffen, zweitens aber, sich endlich zu energischen Maßnahmen gegen das u n v e r a n t w o r t l i c h e V o r g e h e n d e r R e c h t s r a d i k a l e n in Deutschland zu entschließen. Bei der Vertretung dieser Forderungen ist es nicht nötig, auf die gehässige Agitation der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen. Diese Agitation ist nicht neu, sie wird schon seit Jahren strupplos getrieben. Es kommt daher auf etwas mehr oder weniger nicht an. Für die Forderungen der Gewerkschaften kann nur das Gesamtinteresse maßgebend sein.

Es ist heute üblich, sogar in der den Gewerkschaften keineswegs unfreundlich gestimmten Tagespresse, von der „Ohnmacht der Gewerkschaften“ zu reden. Daß diese Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, würde sich sehr schnell zeigen, wenn die Rechtsradikalen nicht nur in Worten, sondern mit der Tat den Versuch machen würden, einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls für jede Situation gerüstet sein.

Bei seiner Darstellung der überstürzten Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen hob Leipart hervor, daß bei dem Sturm auf die Banken selbstverständlich auch die Arbeiterbank in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Sie hat nicht nur, wie alle Banken, den Ansturm auf ihre Sparkasse über sich ergehen lassen müssen, sondern die Kommunisten haben die willkommene Gelegenheit benützt, ihre Heße gegen die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe auch gegen die Arbeiterbank zu treiben. Die Arbeiterbank hat das Vertrauen, das sie sich in den abgelaufenen Jahren erworben hat, glänzend gerechtfertigt. Sie hat am letzten Montag voll ausgezahlt, während andere Banken und die Sparkassen zum Teil nur geringe Leibeträge auszahlten. Auch heute wäre sie durchaus in der Lage gewesen, weiterhin Auszahlungen in erheblichem Umfang durchzuführen, ohne ihre Liquidität zu gefährden, aber sie ist jetzt selbstverständlich ebenso an die Vorschriften der neuen Verordnungen gebunden wie die anderen Banken.

In dem Garantiefyndikat der deutschen Industrie, dessen Freiwilligkeit bekanntlich nur durch Verordnungszwang gesichert werden konnte, ist die Arbeiterbank in dem Ausschuss, der für die Verteilung der Kredite maßgebend ist, nicht vertreten, obwohl gerade die Leitung der Arbeiterbank besonders berufen wäre, bei einer objektiven und zweckentsprechenden Kreditverteilung mitzuwirken. Die Arbeiterbank ist bisher auch ebensowenig wie die anderen Arbeitnehmerbanken in Deutschland zu den Verhandlungen zugezogen worden, die die Regierung in der letzten Zeit mit den anderen Banken geführt hat. Die Arbeitnehmerbanken werden gemeinsam vorgehen, um diese, im volkswirtschaftlichen Interesse sehr bedenkliche Ausschaltung der gemeinnützigen Banken zu beseitigen.

In der Aussprache wurde betont, daß man hinsichtlich der von Deutschland geforderten politischen Konzeptionen eine gewisse Vorsicht insoweit walten lassen müsse, als sie im einzelnen nicht bekannt seien. Aber es muß von der Reichsregierung unter allen Umständen gefordert werden, daß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht fragwürdigen Preisgerücklichkeiten geopfert

werden. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in maßgebenden Kreisen des Auslandes keinerlei Bedenken dagegen bestehen, die Notverordnung unter sozialen Gesichtspunkten, vor allem zugunsten der Erwerbslosen, abzuändern, wenn nur dafür gesorgt werde, daß der finanzielle Ertrag gesichert bleibe. Diese Einstellung des Auslandes ist nicht überraschend, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Ausland die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie als der einzige reale Faktor gelten, auf den die Kreditwürdigkeit Deutschlands sich gründen kann, ebenso wie auf ihrer Macht und ihrer Entschlossenheit, den Kampf für den Bestand der deutschen Republik rücksichtslos zu führen, die Hoffnung des In- und Auslandes auf die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland beruht.

Scharfe Kritik wurde an der Finanzpolitik der Regierung in der letzten Woche geübt. Eine klare politische Linie sei überhaupt nicht erkennbar gewesen. Wenn man beispielsweise überhaupt Bankfeiertage in Erwägung zog, so hätte man diese Maßnahme vernünftigerweise vor dem Zusammenbruch der Danatbank durchführen müssen. Dieses Veräumnis hat die erste finanzielle Situation noch weiter verschärft. Die Reichsregierung ist in ihren neuen Verordnungen nicht brutal genug vorgegangen, um wirksam der Kapitalflucht zu steuern. Alle, die fremde Zahlungsmittel jeder Art besitzen, müßten bis zu einem bestimmten Tage dieses Monats verpflichtet werden, ihren Bestand anzugeben. Diese Verpflichtung müßte in einer Notverordnung vorgeschrieben werden, mit der Maßgabe, daß die Nichtangabe des Bestandes an ausländischen Zahlungsmitteln deren Einziehung nach sich ziehen würde. Von anderer Seite wurde die Meinung geäußert, daß der § 9 der neuen Notverordnung dem Wirtschaftsminister genügend Handhaben zu rücksichtslosem Vorgehen böte, die Gewerkschaften müßten nur verlangen, daß die neue Devisenverordnung mit aller Schärfe durchgeführt wird.

Allgemeine Übereinstimmung bestand darüber, daß es die Hauptaufgabe sei, unter allen Umständen die W ä h r u n g zu halten. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die künstliche Vermehrung der Umlaufmittel, die im gegenwärtigen Moment notwendig ist, keine Inflation bedeutet, sondern im Gegenteil eine „Maßnahme“ gegen „bestimmte“ Deflationstendenzen ist. Zur Sicherung der Währung ist es unbedingt notwendig, die Kredite rücksichtslos zu verteuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß die öffentlichen Körperschaften ihren Finanzbedarf über die Notenpresse decken.

Es gilt Maßnahmen zu treffen, die im Ausland das Vertrauen in eine ordentliche Wirtschaftsführung in Deutschland stärken. Gewisse Reformen des Aktienrechtes, in denen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes durch die seit geraumer Zeit feststehenden Forderungen der Gewerkschaften revidiert und ergänzt werden müßten, sind zu diesem Zweck notwendig. Es kommen vor allem Vorschriften über die Publizität, die Revisionsbestimmungen sowie das Mehrstimmenrecht in Frage. In diese Reihe von Maßnahmen, an die jetzt mit Ernst herangegangen werden muß, gehört auch die Einführung einer wirksamen Kartell- und Monopolkontrolle, die gleichfalls von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert worden ist und bereits in einem Gesetzentwurf dem Reichstage vorliegt.

Gefährlich ist das jetzt umlaufende Schlagwort: „Wir können und müssen uns selbst helfen.“ So unweifelhaft wir in erster Linie auf unsere eigene Initiative angewiesen sind, so steht doch hinter diesem Schlagwort die unsinnige Vorstellung von einer vom Auslande losgerissenen, unabhängig für sich bestehenden deutschen Wirtschaft. Eine solche gibt es nicht und kann es nicht geben. Die deutsche Wirtschaft kann so wenig wie irgendeine andere nationale Wirtschaft ohne Kreditbeziehungen zum Ausland existieren.

Leipart konnte am Schlusse der Aussprache als einmütige Meinung des Bundesausschusses feststellen, daß der Bundesvorstand seine Bemühungen energisch fortsetzen solle, die von der Reichsregierung bereits grundsätzlichlich versprochenen Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchzusetzen und darauf zu dringen, daß die Reichsregierung nichts unterläßt, was zu einer Verständigung mit dem Ausland, vor allem auch mit Frankreich, führen könne, um die Kreditverhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen. Insbesondere müsse die Regierung aber zu einer klaren Entscheidung gegen die rechtsradikalen Parteien gedrängt werden, deren hemmungsloses Vorgehen die schwersten wirtschaftlichen sowie unüberschaubare innen- und außenpolitischen Gefahren heraufbeschwört.

## Die neue Schwertung in Moskau

Der russische Parteipapst Stalin hat auf einer Konferenz der Sowjetwirtschaftler eine Rede gehalten, die eine vollständige Abkehr von den bisher geübten Methoden erkennen läßt. Man ist es gewohnt, daß die Moskauer Machthaber von Zeit zu Zeit vollständig veränderte Methoden zur Durchführung der kommunistischen Wirtschaft für notwendig erachten. Die jetzt eingeschlagene Wirtschaftspolitik stellt aber die größte Abkehr dar, die bisher eingetreten ist. Stalin erklärte, daß man vieles verbrennen muß, was man bisher angebetet, und vieles anbeten muß, was man bisher verbrannt hat. In Zukunft müsse ein differenziertes Lohnsystem für qualifizierte und nichtqualifizierte, leichte und schwere Arbeit durchgeführt werden. Man könne hochqualifizierte Arbeitskräfte nur durch Zahlung höherer Löhne an ihre Arbeitsstelle fesseln. Das Hin- und Herschieben der Arbeiterschaft müsse aufhören, denn nur durch die Stabilität des Arbeiterbestandes in den Betrieben wird die Möglichkeit gegeben, daß sich die Arbeiter die Produktionstechnik aneignen. Die Preisgabe der bisherigen kommunistischen Praxis wurde von Stalin durch Zitate aus Schriften von Marx und Lenin begründet. Durch qualifizierte Arbeit könne man in eine höhere Lohnstufe aufrücken. Dieser Umstand gäbe jedem Arbeiter einen Ansporn zum Hinausstreben in die Reihen derjenigen, die bessere Ernährungs- und Wohnungsbedingungen hätten. Grundlegend neu ist auch die Einstellung gegenüber der bürgerlichen Intelligenz. Man könne nicht mehr jeden Spezialisten außer Schule als Verbrecher und Saboteur ansehen, sondern man müßte sie mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt heranholen. In den russischen Betrieben soll hinfort nur der leitende Direktor oder dessen Stellvertreter die Kommandogewalt haben. Damit wird der kollegialen Leitung der Betriebe durch Vertrauensleute der kommunistischen Partei ein Ende bereitet. Das Stärkste an Stalins Rede war der Vorstoß gegen die Fünftagewoche. Diese habe vielerorts dazu geführt, daß jegliches Verantwortungsgefühl für die übertragenen Arbeiten und für die Instandhaltung der Fabrikanlagen, Maschinen und Werkzeuge geschwunden seien. Deshalb würde erwogen, wieder die sechstägige Arbeitswoche mit einem freien Ruhetag für die gesamte Belegschaft einzuführen.

Diese Stichworte aus der Rede Stalins lassen erkennen, daß seitens der bolschewistischen Diktatoren bisher angebetete Prinzipien einfach auf den Kehrtüppel geworfen werden. Der kommunistische Kollektivismus hat einen Stoß erhalten. Es ist Ironie des Schicksals, daß die Despoten Rußlands zu den rein kapitalistischen Wirtschaftsmethoden zurückkehren müssen.

## Wertwürdige Kartellwirkungen

Die Dividendenauschüttungen des letzten Geschäftsjahres 1930 waren bei der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie gemessen an der Lage der übrigen Wirtschaft verhältnismäßig günstig. Bei den drei großen Konzernen Waldhof, Wschaffenburg und Feldmühle, auf die allein gut zwei Drittel der deutschen Gesamtproduktion entfallen, lag die Dividende durchweg erheblich über 10 Proz. Die Gründe hierfür mögen in erster Linie in der sorgfältigen Konzentration und der strengen Kartellierung dieses Gewerbebezuges zu suchen sein, zumal das Aufkommen von Außenseilern als Folge künstlich hochgehaltener Preise wenig zu befürchten ist, da Neugründungen beim gegenwärtigen Stand der Technik sehr erhebliche Kapitalaufwendungen erfordern würden. Das Geschäftsjahr 1931 scheint jedoch das erste Krisenjahr zu werden. Hierfür ist gerade die Art, in der die Kartellierung in der Papierindustrie durchgeführt wurde, verantwortlich. Bisher wurden nämlich nur gewisse Produkte kartelliert, die, wie z. B. das Zeitungsdruckpapier, ein einheitliches, sogar international typisiertes Erzeugnis darstellen. Die durch Abmachungen über Produktionsbeschränkungen in diesen Produkten ausgenutzten Anlagen wurden nun nicht etwa stillgelegt, sondern zu vermehrter Produktion in jenen Krisen verwendet, die von der Kartellierung noch nicht ergriffen waren. So konnte es kommen, daß selbst im Frühjahr 1931 die Anlagen noch v e r g r ö ß e r t wurden, was beim Rückgang der Nachfrage zu starkem Preisfall der nichtkartellierten Erzeugnisse führte. So wird beispielsweise gegenwärtig latiniertes Druckpapier, das vor anderthalb Jahren noch um 30 Proz. teurer war als Rotationspapier, gegenwärtig kaum höher bezahlt, trotzdem inzwischen die Kartelle den Preis auch für Rotationsdruckpapier von 31 auf 28 Pfennig herabsetzen mußten. Bei einzelnen Sorten Packpapier sind die Verkaufspreise auf die Hälfte gesunken, da die ausländische Konkurrenz sich hier besonders bemerkbar machte. So ging die Krise in der Papierindustrie von den nicht kartellierten Erzeugnissen aus, denen sich infolge der Produktionsbeschränkungen in den kartellierten Waren die unausgenutzte Kapazität der Anlagen zuwandte.



# Aus den Jahrestellen

**Breslau.** Die hiesige Jahrestelle hielt am 2. Juli eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden der Jahrestelle Liegnitz, Kollegen Höferich. Nun gab Kollege Walzky einen kurzen, aber überflüssigen Bericht über den Verlauf des Verbandstages in Stuttgart. Daraus war deutlich zu ersehen, daß die Fülle der Arbeit nur im Interesse des Verbandes und zum Besten der Mitglieder erledigt wurde. Die Invalidenunterstützungsgänge erhielten eine weitere Staffel. Ferner wurde den ausgefallenen erwerbslosen Kollegen eine einmalige Beihilfe von 10 M. zugesprochen. Wesentliche Änderungen im Statut sind nicht erfolgt. Wohl mancher Delegierte, welcher mit den besten Hoffnungen in der Vertretung seiner Anträge ins Feld zog, mußte sich nach genauer Prüfung eines anderen belächeln lassen. Unterstützungsfälle und Beitragsleistungen sind in alter Form geblieben. Die Anträge betreffs Gründung einer Sterbekasse in unserer Organisation wurden zurückgestellt. Der nächste Verbandstag findet in Nürnberg statt. In der Ansprache gab Kollege Vinte dem Wunsch Ausdruck, daß doch dem Gedanken der Gründung eines Industrieverbandes näherzutreten werden möchte. Der nächste Punkt betraf Kartell- und Ortsauschüßerberichte. Die Breslauer Zeitung hat ihre Bittern geschlossen für die entlassenen organisierten Kollegen gelangen 8000 M. zur Auszahlung. Am 1. Juli ist in Breslau die „Neue Breslauer Zeitung“ ins Leben gerufen worden. Es wurde ferner aufgeführt, sich etwas mehr für die Kinderfreundbewegung einzusetzen. Ebenso wurde auf die Volksfürsorgeverwaltung hingewiesen. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Schreiben verlesen, worin die Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe verlangen und gleichzeitig Einstellung von organisierten männlichen Hilfskräften in Ausschulstellungen. Weiter wurde berichtet von einer Verhandlung beim Schlichtungsausschüß betreffend die Firma Mamelof. Zum Schluß wurde über das demnächst stattfindende Sommerfest gesprochen.

**Leipzig.** Die Mitgliederversammlung am 7. Juli nahm den Bericht vom Verbandstag in Stuttgart entgegen, den die Kollegen Meyer und Volken erstatteten. Meyer sprach zuerst den Stuttgarter Mitgliedern den Dank der Leipziger Delegation aus für die freundliche Aufnahme in der Hauptstadt Württembergs und beschäftigte sich dann mit den Ausführungen des Kollegen Bucher auf dem Verbandstag. Bei der Behandlung der Arbeitslosenfrage in unserem Verband kam der Redner auch auf örtliche Vorgänge zu sprechen. Die Organisation ist immer bemüht gewesen und wird auch weiterhin ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, den arbeitslosen Mitgliedern, soweit es in ihren Kräften steht, zu helfen. Darum ist es aber von einem Teil der in Arbeit stehenden Kollegen unverdächtig, daß trotz großer Arbeitslosigkeit immer noch überflüssig geleistet werden, wie es sich am letzten und vorletzten Sonnabend in der Firma C. G. Röder gezeigt hat. Dort haben unsere Kolleginnen, trotzdem Kündigungserfolg ist, in der Kündigungswöchle überflüssig gemacht und am vergangenen Sonnabend, obwohl nur acht Stunden gearbeitet werden darf, zehn Stunden gearbeitet. Das Gewerkschaftsamt wird sich mit der Firma C. G. Röder beschäftigen müssen. In bezug auf die Lohn- und Tarifkämpfe muß der Kollegenrat immer wieder gesagt werden, daß sie die verdammt Fäulnis gegen sich selbst hat, für eine gelohnte Seite innerhalb ihrer Berufsorganisation besorgt zu sein. Hier, ja, dort, wo die Organisationen hier und tätig waren, der Lohnabbau nicht in dem Maße erfolgen konnte wie bei schwach organisierten Industriearbeitern. Über die Arbeit des Verbandesbeitrages muß gesagt werden, daß der Verbandesbeitrag und der Verbandsverband immer in beiderseitigem Einverständnis gearbeitet haben. Durch die Beschüsse des fünften Kongresses der NGJ. veranlaßt, glaubten auch verschiedene unserer Mitglieder ganz besonders gegen unsere Organisation vorgehen zu müssen, was zur Folge hatte, daß sie aus unseren Reihen ausgeschlossen werden mußten. Hierbei konnte festgestellt werden, daß die betreffenden von sich aus gar keinen Einspruch erhoben hatten, sondern die erfolgten Einsprüche schablönhaft auf der Schreibmaschine und weiterhin auf dem Betriebsfähigkeitsapparat hergestellt waren. Die erfolgten Einsprüche wurden als unbedürftig zurückgewiesen. In bezug auf unser Jahrbuch „Solidarität“ muß gesagt werden, daß sich unser Redakteur Schulze treu seinem Verprechen von Köln bemüht hat, die Zeitung weiter auszubauen, was auch von allen Seiten voll anerkannt wurde. Speziell unseren Kolleginnen will er ein guter Ratgeber sein und die Abhandlungen aus den Betrieben und ähnlichen zeugen hiervon. Aber auch der Jugend und den Mitgliedern allgemein (siehe Verbandsberichte) trägt er voll und ganz Rechnung. Eine nennenswerte Distinktion hat hier nicht stattgefunden, so daß am Schluß der Antrag einstimmige Annahme fand, den Verbandsvorstand für seine geleistete Arbeit das volle Vertrauen auszusprechen. Zur Einführung der 40stündigen Arbeitswoche für das graphische Gewerbe war vom Reichsarbeitsministerium eine Sitzung für Mittwoch, den 24. Juni 1931 festgelegt. Da unser Verbandsvorstand infolge unserer Verbandstages am dieser Sitzung nicht teilnehmen konnte, wurde Kollege Bloth, Berlin, als Vertreter des Verbandes vorstandes delegiert. In seine Forderungen, Einstellungs- und Lohnausgleich, hat der Verbandstag in einer Entschließung besonders festgelegt. Bis Ende August verlangt das Ministerium Berichtserteilung über den Ausgang der Verhandlungen zwischen den Parteien. Kollege Volken referierte dann über das Schicksal der Anträge zum Statut. Die Organisation war erfreulicherweise in der Lage, ohne Erhöhung der Beiträge, ohne Erhebung von Extrabehträgen und ohne Abbau der Unterstützungsleistungen ihren Mitgliedern und ihren Kassenbestand auf ihrer bisherigen Höhe zu halten. Hart umstritten war die Frage der Invalidenunterstützung, und hier ist infolge einer Erweiterung eingetreten, als nach 1500 geleisteten Beiträgen eine Erhöhung der Invalidenunterstützung auf 24 M. monatlich vorgesehen ist, sofern das Mitglied 200 Beiträge zur Invalidenkasse beigetragen hat. Alles in allem muß gesagt werden, daß die Behandlung aller Fragen von den Delegierten in sachlicher, ruhiger und klarer Weise erfolgte. In der Ansprache konnte es der Kollege Beschling nicht unterlassen, die Organisation der Gewerkschaften schon von 1914 an schuld daran zu sein, daß die Mitglieder davonlaufen und wir in diese Kräfte gekommen sind. Als er den Kollegen Meyer als kleinen Mussolini bezeichnete, der die Verbandsversammlungen nach seinem eigenen Guldünken fälsche, wurde er durch die Versammlung zur Ordnung gerufen. Die anderen Distinktions-

redner waren mit den Ausführungen der Berichterstatter einverstanden, was der Beifall der gut besetzten Versammlung nach dem Schlußwort des Kollegen Meyer zeigte. Ein von der Kollegin König eingebrachter Antrag, den Verbandstagsdelegierten für ihre geleistete Arbeit volle Anerkennung und das weitere Vertrauen der Leipziger Mitgliedschaft auszusprechen, wurde einstimmig angenommen, also demnach hat auch der Kollege Beschling den Verbandstagsdelegierten das volle Vertrauen ausgesprochen, was besonders hier hervorgehoben werden soll.

**München.** Trotz tropischer Hitze waren die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Münchens am Dienstag, dem 30. Juni, dem Aufse der Ortsverwaltung recht zahlreich gefolgt, um im großen Saale der Kolliseumherhalten den Bericht über die Verhandlungen des 10. Verbandstages entgegenzunehmen und sich Auskunft zu holen über die Gestaltung der Mantelbestimmungen für den Tarif des Steindruckhilfspersonals. Kollege Gauleiter Lehmeier ließ chronologisch die Verhandlungen des Verbandstages an dem geistigen Auge der aufmerksam lauschenden Mitglieder vorbeiziehen. Durch den in der „Soli“ bereits recht eingehend gebrachten Verbandstagsverhandlungsbericht erlirbt es sich, an dieser Stelle die Ausführungen des Kollegen Lehmeier, die mit dem Bericht in unserer Verbandszeitschrift in Form gingen, zu wiederholen. Die gestellten Beschlüsse wurden von der Versammlung anerkannt. Kollegin Helmberger und Kollege Richter berichteten noch über ihre Eindrücke vom Verbandstag und forderten die Mitglieder auf, alles daran zu setzen, daß der Verband in seiner Stärke und Kraft erhalten bleibt. Kollege Schmid befaßte sich mit der materiellen Auswirkung der Verbandstagsverhandlungen und fand auch in dieser Beziehung volles Verständnis bei den Mitgliedern. Dann gab Kollege Schmid unter Er-  
**zählung der Vorgeschichte** Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschüß München über den einen strittigen Punkt der Mantelbestimmungen für den Tarif des Steindruckereizpersonals. Daß das Hilfspersonal der Steindruckereien keine besseren Mantelbestimmungen erzielen kann, als sie für das gelehrte Personal in freier Vereinbarung geschaffen wurden, war klar, selbst wenn diese, wie es der Fall ist, verschiedene Verschlechterungen gegenüber früher enthalten. Aber dem gesamten Menschenverstand widerspricht es, daß ein mitbetreffenes Personal nur die Verschlechterungen in Kauf nehmen soll und es nicht als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird, daß auch die Verbesserungen, die in dem Unterschied eines Urlaubstages liegen, auch für das Hilfspersonal Geltung haben sollen. Wer aber glaubt, daß Schlichtungsausschüß Selbstverständlichkeiten auch zum Recht machen würden, wurde durch das Urteil des Schlichtungsausschüß München schwer enttäuscht. Man sieht scheinbar bei dieser Behörde und ihrem Vorstehenden auf dem Standpunkt, daß es eine Aufgabe der Schlichtungsausschüße ist, alle von den Arbeitgebern geforderten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sanktionieren, aber es gegen die Aufgaben der Schlichtungsausschüße verstoßen würde, wenn man der Arbeiterschaft für entgegenkommende Verschlechterungen einen Ausgleich in einer Verbesserung gibt. Auch bei den Verhandlungen im Lohnabbau für das Steindruckhilfspersonal stand dieser Schlichtungsausschüß München auf dem Standpunkt, daß es nicht möglich ist, für die schlechtentlohnenden Arbeiterinnen einen geringeren als prozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Erst durch den Landeshauptmann wurde der Schlichtungsausschüß gezwungen sich zurückziehen zu lassen, nachdem die Arbeiter durch Arbeitsunterbrechung um ihr Recht gekämpft hätten, die bei weiterer Erhaltung der Schlichtungsbehörde leicht vermeidbar gewesen wäre, daß es der Gerechtigkeit entspricht, einen Unterschied zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu machen. Aber man hätte hier mit Engagements reden können, es wäre nicht möglich gewesen, den Vorstehenden des Amtes zu bewegen, mit den Arbeitern zu gehen, und so kam der Spruch, daß die Ungerechtigkeit in den Mantelbestimmungen weiterbesteht. Kollege Schmid hält das Hilfspersonal für klug genug, wegen dieser unlohnlichen Entscheidung nicht zu Kampfmaßnahmen zu greifen, hält es aber für selbstverständlich, daß diese Forderung der Gleichberechtigung im Urlaub trotzdem aufrechterhalten wird, bis sie erfüllt ist. Nachdem auch Kollege Lehmeier noch zu diesem Punkte sprach, stellte sich die Versammlung einstimmig auf den Standpunkt der beiden Vorstehenden. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege Lehmeier bekannt, daß die letzte Generalsversammlung des NGJ, Ortsverein München, beschlossen hat, vorläufig die für das Volkswirtschaft zu bezahlenden Extrabehträge anzuführen bis dem Projekte wieder nähergetreten werden kann. Kollege Lehmeier schlägt vor, diese 5 Pf. pro Woche einem besonderen Fonds zuzuführen und die gesammelten Mittel für besonders hilfsbedürftige ausgefallene Mitglieder, soweit sie sich der Kontrolle unterstellen, zu verwenden. Dieser Vorschlag fand dann auch einstimmige Annahme. Mit der Aufforderung zur weiteren intensiven Weiterarbeit für die Förderung des Verbandes schloß Kollege Schmid die impofant verlaufene Versammlung.

## Rundschau

**Verlängerung des Lohntarifs im Buchdruckgewerbe.** Der Lohnschiedspruch vom Februar dieses Jahres war bis 31. August befristet. Seine Kündigung ist von seiner Seite erfolgt, so daß der Lohnstarif bis 30. November d. J. mit schwerwüchiger Kündigungsfrist weiter Geltung hat.  
**Die Arbeiterbank zählte voll aus.** Das wäre ein Festen für alle Feinde der Arbeiterbewegung von rechts und links gewesen, wenn die Arbeiterbank in dem Sturm auf Banken und Sparkassen ebenfalls Schicksalgeit bekommen hätte. Aber so konnte das Institut allen Anforderungen hundertprozentig gerecht werden. Naturgemäß war auch der Verlust bei der Arbeiterbank an dem schwarzen Montag stärker als sonst. Trotzdem machte es keine Schwierigkeiten, die Kunden wunschgemäß zu befriedigen. Die Arbeiterbank dürfte somit eines der wenigen Geldinstitute gewesen sein, die voll ausgeblutet konnten. Wie sie bekannt gegeben hat, ist die Arbeiterbank auch fernerhin so gestellt, daß sie allen Anforderungen genügen kann. Das ist ein Beweis, wie zuverlässig die Gelder der Arbeiterbank von ihrer Bank verwaltet werden.  
**Das Volkshochschulheim Dreißigacker** eröffnet am 15. September einen Kursus für Männer im Alter von etwa 20 bis 30 Jahren, der bis zum 15. Dezember 1931 läuft. Anmel-  
 dungen mit kurzem Lebenslauf sind möglichst umgehend an die Heimleitung des Volkshochschulheimes Dreißigacker bei Meiningen in Thüringen zu richten. Als Kursusgeld werden für den gesamten Kursus, wenn nicht taatliche oder bättische Beihilfen gewährt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Das Mindestschulgeld beträgt 150 M., einschließlich Kost, Woh-

nung, Heizung und Licht. Arbeitslose können das Mindestschulgeld durch ihre Erwerbslosenunterstützung begleichen und müssen sich zu diesem Zwecke an das heimatlische Arbeitsamt wenden. Dazu ist eine Bescheinigung nötig, die von der Heimleitung erhältlich ist. Im Falle von Schwierigkeiten wende man sich an die Heimleitung. Die Reisefkosten werden auf die Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung.

**Der verfallene Abonnement.** Ein interessanter Fall, der so recht die eigenartigen Geschäftspraktiken mancher Zeitschriftenvertriebe beleuchtet, wurde der Volksfürsorge vor kurzem von ihrer Rechnungsstelle Wiesbaden gemeldet. Der nachfolgende, uns zur Verfügung gestellte Brief eines Offenbacher Zeitschriftenvertreter an seinen Frankfurter Kollegen beweist wohl deutlich, daß es den vielen an der Abonnentenverlosung besonders interessierten Kreisen sehr wenig auf den sogenannten Verschickungsschutz der Rechtebezieher ankommt und daß im Vordergrund des ganzen Betriebes lediglich geschäftliche Erwägungen stehen. Man verhandelt und verfaßt unter Umständen seine Abonnenten aus Zweckmäßigkeits- und Rationalisierungsgründen, wie man sonst zuweilen abgelegte Kleider oder un-  
 bequem gewordenes Mobiliar verkauft. Aber lassen wir dieses Schreiben für sich selbst sprechen: Herr M. B., Frankfurt (Main). Sie erlassen gegen den Mein-Blaht, Abonnenten A. B. in O., ... Strahe, einen Zahlungsbefehl und übersehen dabei, daß Sie uns selbst hüten, diesen Abonnenten Ihnen abzuführen, da Sie dort keinen Aussträger haben. Wir haben Ihnen doch den Abonnenten am 21. November 1930 bezahlt. Veranlassen Sie also bitte umgehend, daß der Zahlungsbefehl wieder zurückgezogen wird, damit unserem Abonnenten seine weiteren Annehmlichkeiten entfallen. Hochachtungsvoll geg. Unterschrift: „Es ist peinlich, daß der verkaufte Abonnent also einen Zahlungsbefehl von der ersten Lieferfirma erhielt, die doch schon, wie das Schreiben beweist, Bezahlung erhalten hatte; aber das geschah wohl nur im Drange der Geschäfte.“

## Literatur

Der Verlag J. B. Metz Nachf., Berlin, erscheint soeben „Sozialpolitik und Sozialökonomie“, herausgegeben und eingeleitet von J. B. Meyer. Das 48 Seiten starke Buch enthält die „Sozialpolitik und Sozialökonomie“ von H. M. Meyer und der „Sozialpolitik und Sozialökonomie“ von H. M. Meyer. Die monatliche Zeitschrift „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Friedrich Engels“ und „Sozialistische Bildung“ ist für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. B. Metz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern folgen zu 5 Pf. Bestellungen sind an die Verlagsbuchhandlung, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu richten. Preis 1.00 M. für ein Vierteljahr, 3.00 M. für ein halbes Jahr, 5.00 M. für ein Jahr, 10.00 M. für ein Jahr. Die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

Nach längerer Krankheitsdauer verchied am 9. Juli unsere liebe langjährige Kollegin, die Anlegerin

**Selene Horn**  
(S. Springer)

im Alter von 55 Jahren; am 10. Juli verchied nach längerer Krankheit unser lieber langjähriger Kollege, der Inwalte

**August Dietrich**

im Alter von 67 Jahren; am 11. Juli verstarb nach kurzer Krankheitsdauer unser langjähriger lieber Kollege, der Hilfsarbeiter

**Otto Buchmann**  
(Mehger & Wittig)

im Alter von 69 Jahren.

Ein ehrendes Gedeken bewahrt den Verstorbenen

Die Mitgliedschaft Leipzig.

Am 10. Juli verchied unser alter langjähriger Kollege

**Friedrich Ehrhardt**  
(S. D. Berseht; Inwalte)

im Alter von 70 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft der Jahrestelle Hamburg.

Am Montag, dem 13. Juli, abends 5 1/2 Uhr, verstarb in Bad Kissingen, wo er zur Kur weilt, unser Oberfaktor

**Heinrich Königs**

im Alter von 71 Jahren.

Sein gerecht und lauterer Charakter sowie sein vornehmer Wesen als prächtiger Mensch werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Das Hilfspersonal der Firma C. Janiszewski, Berlin.

Unserer lieben Kollegin Gertrud Hiller (Breslauer Gen.-Druck) zur Vermählung die herz. Glückwünsche.  
 Die Mitglieder der Jahrestelle Breslau.

Unserem lieben Kollegen Otto Holte nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
 Die Mitglieder der Jahrestelle Wittenberge, Bez. Potsdam.

Für die Woche vom 19. Juli bis 25. Juli ist die Beitragsmarke in das 30. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: E. Schütz e. Charlottenburg. Druck: Kollisch & Bernert. Mit Beilage 1928. - Verlag: S. Podal, Charlottenburg. Verlagsleiter: Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands. Verbandsvorstand: Charlottenburg 6, Rheinischstraße 6. - Druck: Buchdruck-Veranstalt GmbH, Berlin SW 61, Dreilindenstraße 6.